

# GERD KAISER

## Über den Sozialismus dummer Kerls

Gerd Kaiser – Jg. 1933, promovierter Historiker, von 1969-91 wissenschaftliche Arbeit im Deutschen Fernsehfunk. Veröffentlichungen zur Militär- und Sozialgeschichte und Massenkommunikation. Wichtige Arbeiten u.a.: »Katyń. Der Massenmord an polnischen Offizieren«, »Raketenspuren« (1995).

Am 4. Juli 1946 wurden bei einem Pogrom in Kielce 42 Juden mit Brechstangen, Zentralheizungsrippen oder Steinen erschlagen, durch Kopfschüsse getötet, aus den Fenstern der Ulica Planty geworfen, im Fließchen Silnica ertränkt. Unter den Opfern des Blutbades befanden sich Kinder und schwangere Frauen. Marodeure beraubten die Gemordeten ihrer Kleidung. Über 50 Schwerverwundete kamen in Krankenhäuser. Dies geschah kurz nach dem Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus inmitten einer Großstadt, die 180 Kilometer südlich der Hauptstadt Warschau und noch näher bei Krakau liegt. Am Massaker beteiligten sich etwa 20.000 Einwohner oder sie sahen, wie die Belegschaft der Ludwik-Hütte, ohne einzugreifen billigend zu. Nur wenige Schritte entfernt vom Ausgangspunkt des Pogroms, einem Wohnhaus in der Ulica Planty (Hausnummer 7), befand sich die Stadtverwaltung. Sie verhartete tatenlos. Der Wojewode Eugeniusz Iwanczyk-Wislicz, er trat 1943 von der Landesarmee (AK) zur Volksarmee (AL) über, hatte während des Krieges jüdische Partisaneneinheiten, die in der Wojewodschaft Kielce operierten, an die deutschen Besatzungsbehörden verraten. Der Kielcer Staatsanwalt Maj deckte Mitschuldige. In unmittelbarer Nähe der Straße stehen vier römisch-katholische Kirchen. Der Bischof, aufgefordert, der Schande Einhalt zu gebieten, verweigerte sich. Uniformierte Angehörige der Bürgermiliz (MO) schritten nicht nur nicht ein, sondern einige beteiligten sich marodierend an den Plünderungen.

Dem Massaker machten durch die Regierung eingesetzte Truppen ein Ende. Neun mehr oder weniger zufällig aufgegriffene Mordgesellen wurden eine Woche später zum Tode verurteilt und unmittelbar nach dem Prozeß erschossen. Weitere, nunmehr nicht öffentliche Prozesse, urteilten Bürgermilizionäre und Mitarbeiter des Sicherheitsamtes (UB) ab. Darunter Wladyslaw Spychaj alias Sobczynski, Chef des Sicherheitsamtes in der Wojewodschaft, weil er, obwohl über Listen potentieller Täter verfügend, dem Pogrom seinen Lauf gelassen und nichts unternommen hatte, ihn nach seinem Ausbruch zu bekämpfen. Jahre später wurde er sogar wieder im Innenministerium (MSW), wo er sich durch antisemitische Äußerungen und Handgreiflichkeiten gegenüber Ausreisewilligen hervortat und im Verteidigungsministerium (MON) eingesetzt. Auf dem ersten Plenum der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) nach dem Pogrom am 18. September 1946 verlor weder der Wojewode Eugeniusz Iwanczyk-Wislicz noch ein anderer Funktionär der Partei

Am 4. November 1944 wurde in Lublin das Zentralkomitee der Juden in Polen (CKZP) gebildet, dessen Sitz ab Februar 1945 in Warschau war.

auch nur ein Wort über das Geschehen. Das MSW verwehrte bis Juli 1995 der Hauptkommission zur Erforschung der Verbrechen gegen das polnische Volk und deren Vorläuferin, die die Verbrechen der deutschen Okkupationspolitik in Polen dokumentierte und untersuchte, den ungeschmälernten Zugang zu allen Akten über das Blutbad in Kielce.

Als im Januar 1996 der derzeitige Außenminister Polens, Dariusz Rosati, den Pogrom zu Kielce als »Akt des polnischen Antisemitismus« verurteilte und in einer Botschaft an den Jüdischen Weltkongreß um Vergebung bat, bezeichneten militante polnische Parteien wie die nationalistische ZChN (»Zjednoczenie Chrzesciansko-Narodowe«/Christlich-Nationale Vereinigung) und die Zeitung »Gazeta Polska« diese Erklärung als der »polnischen Staatsräson« abträglich und die Feststellung, daß es sich um Polen gehandelt habe, die das Massaker veranstalteten, als größere Schande als den Pogrom selbst. Polens konservative Rechte diffamiert ohne Folgen die Zeit der Volksrepublik Polen von 1944 bis 1989 als die Zeit der »Judenkommune«. Damit stellt sie sich neben oder in die Tradition des deutschen Faschismus, für den »Juda« und die »Kommune« eins waren.

Selbst wenn die derzeitige politische Auseinandersetzung um den Pogrom sich auf die Ereignisse in Kielce 1946 konzentriert, so sind diese jedoch »lediglich« die Spitze des Eisberges. Bereits vor dem 4. Juli 1946 kam es zu Versuchen und Ansätzen sowie zu Pogromen auf dem flachen Land und in den Städten Krakau, Rzeszow, Radom, Sosnowiec, Ostrowiec und im Wallfahrtsort Tschenstochau. Schon im April 1946 wandte sich der Beauftragte des Jüdischen Weltkongresses Jozef Tenenbaum in Warschau wie zuvor auch Vertreter der polnischen Judenheit beschwörend an den Präsidenten Boleslaw Bierut und den Ministerpräsidenten Edward Osobka-Morawski, den antisemitischen Ausfällen Einhalt zu gebieten. Forschungen ergaben, daß bereits von Januar bis August 1945 annähernd 230 Juden antisemitischen Aktionen in Polen zum Opfer fielen. Das Zentralkomitee der Juden in Polen hat die Ermordung von 353 Juden im ersten Nachkriegsjahr in Polen dokumentiert. Insgesamt gehen neueste Forschungen für die Nachkriegszeit in Polen von annähernd 1.500 bei Pogromen gemordeten Juden aus.

Dr. Szymon Datner: »Ich bin kein Kommunist und ich war auch nie einer«, mit zionistischen Vorstellungen sympathisierend, Lehrer, Wissenschaftler, zwischen 1953 und 1955 infolge politischer Repressionen auch Maurer, ab 1955 Mitarbeiter der erwähnten Hauptkommission und seit 1968 Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, stand im Februar 1945 im Dorf Sokoly bei Bialystok am Grabe von sechs hinterhältig ermordeten Juden. Er sprach nicht nur das »kadisch«, sondern verlangte die Bestrafung der Mörder. Sie wurden abgeurteilt. In Bialystok erzog Datner seit 1928 als Lehrer Kinder, hier wurde im Ghetto seine Familie ermordet, hier schloß er sich nach Einmarsch der Wehrmacht und der Errichtung des faschistischen Besatzungsregimes der Widerstandsorganisation der Kommunistin Judyta Nowogrodzka an, hier vereinten sich nach der Vernichtung des Ghettos die

Bis 10. Oktober 1944 waren bei den entstehenden neuen Regierungsbehörden Polens annähernd 8.000 überlebende Juden registriert. Sie hielten sich in Lublin, dem vorläufigen Regierungssitz, auf sowie an 29 Orten bereits befreiter Wojewodschaften.

Das CKZP stellte sich u.a. folgende Aufgaben: Sozialfürsorge; Berufsausbildung und Arbeitsmöglichkeiten; Gesundheitsfürsorge; Hilfe bei Heimkehr aus Lagern, aus der Emigration und Hilfe bei der Emigration; Wiederbelebung jüdischer Kultur und Bildung; Religionsfreiheit.

Im Juli 1946 lebten 244.964 Juden in Polen. Darunter 136.550 Rückkehrer aus der UdSSR. Sie wohnten u.a. in: Wroclaw/Breslau und Wojewodschaft (69.993), Warschau und Lodz sowie Wojewodschaften (56.758), Lublin und Wojewodschaft (6.882), Tschenstochau (2.167).

bisher verstreut kämpfenden Gruppen zur jüdischen Partisaneneinheit »forrojb« (Vorwärts), deren 50 Kämpfer von polnischen Bauern des Dorfes Dworzyska unterstützt wurden. Szymon Datners Erfahrung: »Unrecht ist in Stein gemeißelt, Wohltaten sind in den Sand geschrieben«. Denn: von 12 000 »Gerechten unter den Völkern«, die nach dem Krieg durch Israel für ihre Menschlichkeit gegenüber Juden im Kampf gegen den Faschismus ausgezeichnet wurden, sind die Mehrzahl, ein Viertel, 4.500 Männer und Frauen, Polen. Mit Hilfe polnischer Kommunisten, Katholiken, Bauern, Ärzte und Militärs, durch Unterstützung von Organisationen wie des »Komitees zur Hilfe für Opfer des Faschismus« der Polnischen Arbeiterpartei und der ZEGOTA, Tarnbezeichnung für den im Departement für Innere Angelegenheiten der polnischen Exilregierung wirkenden Koordinierungsrat zur Hilfe für Juden, überlebten nach Schätzungen des Jüdischen Historischen Instituts (ZIH) in Warschau die Ausrottungspolitik des Deutschen Reiches in Polen etwa 80.000 bis 100.000 Juden. Nach Untersuchungen der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem überlebten annähernd 120 000. Der faschistischen Ausrottungspolitik des Deutschen Reiches fielen mindestens 3.25 Millionen polnischer Juden zum Opfer.

Der polnische (wie der deutsche, kroatische, französische, slowakische) und jeder andere Antisemitismus hat tiefe und nicht zuletzt religiöse Wurzeln. In Polen äußerte er sich in den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen in wirtschaftlichen Boykott- und in politischen Ausgrenzungsmaßnahmen verschiedenster Art, so von »Arierparagrafen«, die Juden die Mitgliedschaft in zahlreichen Verbänden untersagten, dem Verbot für Juden, in Staatsbetrieben zu arbeiten, einem numerus clausus sowie »Ghettobänken« für jüdische Studenten an Universitäten und Hochschulen, Straßenkrawallen, publizistischen Ausfällen und Tätlichkeiten. Getragen wurden diese u.a. von tonangebenden bürgerlichen Parteien wie den Nationaldemokraten, Regierungsmitgliedern, militaristischen, konfessionellen und Wirtschaftsverbänden, Zeitungen und Zeitschriften sowie von der faschistoiden »Falanga«. Ihr Begründer Boleslaw Piasecki rief 1952 in Warschau die katholische Vereinigung PAX ins Leben. Sie hatte für Jahrzehnte das einträgliche Monopol auf die Herausgabe der katholischen Zeitung »Slowo Powszechnie« sowie katholischer Bücher. PAX arbeitet mit den Regierungen der VR Polen zusammen und Abgeordnete dieser Bewegung saßen im Sejm. Die »Katholische Aktion« (KA), auf die Enzyklika Pius XI. von 1922 zurückgehend, im Juli 1930 in Polen ins Leben gerufen, betätigte sich wie die »Falanga« in Polen vor dem Zweiten Weltkrieg antisemitisch. Allein zwischen 1935 und 1938 wurden bei Pogromen in Polen 100 Juden ermordet und über 2.000 schwer verletzt. Derzeit erlebt die KA eine Renaissance in Polen, Militanz blieb eines ihrer Markenzeichen. Der Primas (seit 1926), Kardinal August Hlond (1881-1948), forderte in einem Hirtenbrief der Vorkriegsjahre gläubige Polen auf, nicht bei Juden zu kaufen. Am 22. Juli 1945, tags zuvor aus der Emigration zurückgekehrt, predigte er in Poznan. Hier beschwor er die strafende Hand Gottes für jeden herauf, der den allein seligmachenden katholischen Glauben verrate. In den faschistischen Verbrechen an

1947 hatten in Polen Juden u.a. in folgenden Berufen/Industriezweigen Arbeit gefunden: 8.301 in Privatbetrieben und Werkstätten; 7.631 in Einrichtungen der Sozialfürsorge; 5.653 in den jüdischen Produktionsgenossenschaften »Solidarnosc«; 2.373 in Textilbetrieben; 2.338 in staatlichen Betrieben; 756 im Bergbau.

den Juden während des Zweiten Weltkrieges sah er eine »Gottesstrafe«, weil »die Juden« angeblich »Christus verraten« hätten.

Ungeachtet aller polnischen Wurzeln ist jedoch die Besatzungspolitik des Deutschen Reiches der Ausgangspunkt der Vernichtungspolitik. Der polnische Anteil durch Hetzblätter, im Volksmund »gadinowka«, genannt, Spitzel, Kollaborateure verschiedenster Art und Erpresser, die »szmalcownice«, war der von Erfüllungsgehilfen. Jedoch: Die Vernichtungslager, z.B. in Treblinka, Belzec, Maidanek und Auschwitz, alle Ghettos in polnischen Städten sind einzig und allein Produkt deutscher Politik und deutscher Industrie. Die Verbrennungsöfen der Todeslager waren ein Produkt der Firma Topf & Söhne in Erfurt, die Blausäure lieferte die DEGÜSSA aus Frankfurt a.M., die KZ-Fabriken waren in der Hand deutscher Unternehmen wie der IG Farben oder Siemens und deren Ingenieure. Die Wehrmacht ermöglichte durch ihre Feldzüge erst die Vernichtungspolitik gegen Europas Juden, biedere Polizeibeamte geleiteten die Transporte in den Tod, Reichsbahnbeamte stellten den »Transportraum«. Der Völkermord ist bis zur Beraubung der Pogromopfer von deutscher Seite generalstabsmäßig organisiert und von deutschen Militärs, Polizisten und Beamten verwirklicht worden.

Auch das Ghetto in Kielce wurde 1941 von deutschen Besatzungsbehörden eingerichtet. Die 27.000 hier konzentrierten und zuerst durch Zwangsarbeit »im Reichsinteresse« ausgepressten und ausgebeuteten Juden wurden im August 1942 in einigen Transporten nach Treblinka verbracht und dort in deutschem Namen ermordet. Die Mitwirkung von ukrainischen oder lettischen, russischen oder litauischen und auch polnischen Helfershelfern war erwünscht, insgesamt jedoch marginal.

Polens Juden waren 1945 bis auf eine kleine Minderheit ermordet. 90 Prozent der Bürger Nachkriegspolens waren römisch-katholisch, die neue politische Elite zunehmend kommunistisch. In dieser neuen Elite gab es eine sehr schmale Schicht von Politikern, Wissenschaftlern und Militärs, die ihrer Herkunft nach aus jüdischen Familien stammte. Die Angehörigen dieser Schicht hatten sich jedoch in der Regel seit langem von religiösen Verflechtungen freigemacht. Ihrer politischen Überzeugungen wegen waren sie von der jüdischen Orthodoxie und nicht selten auch von ihren eigenen Familien verstoßen und verflucht worden. Sie wurden zu politischen Sündenböcken polnischer Vor- wie Nachkriegsgeschichte. Die alten polnischen Machteliten, die den Trägern der Veränderungen ab 1944/45 einen Bürgerkrieg auf Leben und Tod lieferten, der erst Ende der vierziger Jahre sein Ende fand, waren ihrer Tradition und ihrem politischen Wollen nach bis auf seltene Ausnahmen antisemitisch. Ein Teil der Polen profitierte von der millionenfachen Ermordung der polnischen Juden. Er eignete sich bereits im oder unmittelbar nach dem Krieg Grund und Boden jüdischer Landwirte, Handwerksbetriebe, Wohnhäuser, Fabriken, jedwede nur greifbare Immobilie, jeden »herrenlosen« Besitz an. Dr. Emil Sommerstein (auch Sommerstein), vor dem Beginn des deutschen Raubzuges in Osteuropa Politiker im zionistisch-demokratischen »Ichud« (Einheit), in der Emigration an der Organisation des

Auswahl jüdischer Zeitungen/Zeitschriften in Polen. (Stand 1948):  
 »arbajterzajtung« (jiddisch, Poale Zion, 7.000 Expl., 14-tägig)  
 »befrajung« (jiddisch, Hidachduth /Vereinigung, 4.500, 14-tägig)  
 »flamen« (jiddisch, Jugendorganisation Dror/Poale Zion, 5.000 Expl)  
 »Glos Bundu«/Stimme des Bundes (polnisch, Bund, 5.000 monatlich)  
 »miszmar«/Achtung, (hebräisch, Hashomer Hacair/Wachposten der Jugend, 5.000, monatlich)

Szenarium eines Pogroms: Einer »Sondermappe« Stalins, die Dokumente über die Situation in Polen 1944 bis 1946 enthält, wurden die folgenden Informationen über den Pogrom vom 11. August 1945 in Krakau entnommen. Sie sind im Bericht Nikolai Seliwanowskis vom 23. August 1945 an Lawrentij Berija enthalten. S. war vom 27. April 1945 bis April 1946 Berater des NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten) der UdSSR beim Ministerium für öffentliche Sicherheit Polens; danach Stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR und Generalleutnant. (Veröffentlicht in: »Karta«, 15/1995, S.28ff).

»Am Morgen des 11. August (1945/ d.Ü.) warfen unbekannte Jugendliche mit Steinen die Fenster der Synagoge in der Ulica Szeroka (in Krakow/ d.Ü.) ein, wo Juden beteten. Der Synagogendiener stellte einen der Übeltäter, der zu schreien begann, daß man ihn schlage. Auf das Geschrei hin liefen zahlreiche Leute zusammen, die vom nahegelegenen Markt herbeieilten. Sie schlugen auf die Juden ein. Gleichzeitig verbreitete ein Unbekannter provokatorische Gerüchte, daß die Juden dieser Synagoge polnische Kinder ermordet und das Blut dieser Kinder an die Rote Armee geliefert hätten. Nachdem Milizangehörige und Unbekannte in polnischen Uniformen begannen, die angeblich am Tode polnischer Kinder schuldigen Juden zu verhaften, nahm der Pogrom an Gewalt zu. An der Ulica Miłodowa versammelten sich annähernd tausend Leute. Am Pogrom beteiligten sich Milizangehörige, unter anderem vom 2. Kommissariat

antifaschistischen Kampfes beteiligt und nach dem Sieg Abgeordneter in der entstehenden VR Polen, hier auch erster Nachkriegsvorsitzender des Zentralkomitees der Juden in Polen, berechnete, daß allein die persönliche Habe (Möbel, Kleidung, Hausgerät, Wäsche usw.) jüdischer Familien in Polen, die in deutsche und polnische Hände fiel, einen Wert von 6 Milliarden Vorkriegs-Zloty ausmachte; daß annähernd 150.000 jüdische Handwerksbetriebe mit einem Wert der Werkzeuge, Maschinen und Rohstoffe von annähernd einer halben Milliarde Zloty nach der Ghettoisierung und anschließenden Ermordung der Besitzer in neue Hände kamen, um nur an Hand von zwei Beispielen das materielle Interesse einer relativ großen Bevölkerungsschicht in Polen anschaulich zu machen, die sich neben Deutschen am Tod ihrer Mitbürger bereichert hatte. Weil sich bis Mitte 1946, zum Zeitpunkt des ersten massenhaften Pogroms in Nachkriegspolen, durch die Rückkehr emigrierter oder auch gemeinsam mit ihren polnischen Nachbarn zwischen 1939 und 1941 in drei massenhaften Wellen in die UdSSR deportierter Juden in ihr Heimatland, die Zahl der Juden auf knapp 250.000 deutlich erhöhte, wuchs mit steigender Rückkehrerzahl die Angst, geraubtes Gut zurückgeben, fremde Wohnungen verlassen, auf angeeignete Kunstgegenstände verzichten zu müssen. Die Instanzen der Volksrepublik, die selbst jüdisches Eigentum in Gestalt erhaltener Sakralbauten oder ehemals jüdischer Kranken- oder Waisenhäuser, sowie von Betrieben, die vormals in jüdischem Besitz waren, ohne Entschädigung übernahmen und keinen Unterschied zwischen polnischen und jüdischen Handwerksbetrieben oder industriellen Unternehmungen machten, verfolgten jedoch in den ersten Nachkriegsjahren in wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Punkten eine nicht diskriminierende Politik gegenüber jüdischen Bürgern. Michal Mirski, Mitarbeiter der jiddischsprachigen Zeitung »doß naje lebn«, berichtete auf dem 1. Parteitag der PPR im Dezember 1945, daß jüdische Komitees gebildet würden, deren erstes Ziel »die Unterstützung der wirtschaftlich ruinierten und moralisch unterdrückten Juden« sei. Kulturelles Leben sei im Entstehen begriffen, es bestünden Schulen, an denen in Jiddisch unterrichtet werde, eine Historische Kommission sei gebildet, die die Verbrechen des deutschen Faschismus dokumentiere. Antisemitismus als Bestandteil politischer Auseinandersetzungen um das künftige Polen äußere sich dagegen in Pogromen und verbal: »Antisemitische Hetze und Mord an Juden ist eine der Formen reaktionären Kampfes gegen die Demokratie«. Die PPR trat zu dieser Zeit für das uneingeschränkte Recht eines jeden Juden ein, selbst zu bestimmen, ob er in Polen bleiben oder nach Palästina oder in ein beliebiges anderes Land auswandern wolle. Jüdische Bürger, die Hälfte von ihnen war nach dem Krieg im Jugendalter bis zu zwanzig Jahren, verfügten in der unmittelbaren Nachkriegszeit über vielfältige Möglichkeiten politischer, sozialer, kultureller und auch religiöser Organisation. Eine jüdische Presseagentur und bis zu zwanzig verschiedene Publikationsorgane entstanden, zwei jüdische Theater spielten, fünfundzwanzig Rabbiner, darunter ein Feldrabbiner in den Streitkräften, nahmen seelsorgerische Aufgaben wahr. Es entstanden und wirkten in Nachkriegspolen

elf jüdische Vereinigungen und Parteien, darunter »Ichud«, »Poale Zion« (Arbeiter-Vereinigung), »Hidachduth« (Vereinigung) und »Bund« sowie eine jüdische Sektion innerhalb der PPR. Diese Partei unterstützte das sich erneuernde jüdische Leben in Polen, um die Unterstützung der Juden im teils aufflackernden, teils sich abschwächenden Bürgerkrieg zu gewinnen, denn die Gegenseite war und blieb weitgehend militant antisemitisch. Vor allem jedoch handelte die neue politische Elite aus den in dieser Zeit noch generell bestimmenden politischen Grundüberzeugungen heraus, die u.a. Diskriminierungen ausschlossen. Militärs wie der General Grzegorz Korczynski, der u.a. an der Ermordung von zwei jüdischen Partisaneneinheiten, die im Kampf gegen die faschistische Besatzungsmacht standen, mitverantwortlich war, oder das spätere Mitglied des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Minister und General Mieczyslaw Moczar, zudem ein Mann des sowjetischen Geheimdienstes, der die antisemitische Welle von 1968 hochpeitschte, waren zu Zeiten des Pogroms in Kielce zwar noch einflußreich, gerieten jedoch bereits in den ersten Nachkriegsjahren in die Mühlen innenpolitischer Auseinandersetzungen. Sie wurden zeitweise ins politische Abseits gestellt. Ein wichtiger außenpolitischer Grund für die polnische Regierungspolitik in den ersten Nachkriegsjahren gegenüber den Juden im Lande war auch die politische Absicht, durch die Unterstützung der jüdischen Einwanderungspolitik in Palästina sich Optionen auf eine betont antiimperialistische Nahostpolitik zu sichern. Sie richtete sich vor allem gegen die damalige Kolonialpolitik Großbritanniens, das der Gründung des Staates Israel entgegenwirkte. Außerdem bot London der polnischen Exilpolitik Heimstatt und Unterstützung.

So befand sich bis Ende der vierziger Jahre in Niederschlesien in Bolkow, drei Kilometer von Jelenia Gora (Hirschberg) entfernt, ein Ausbildungslager für die »Haganah« (Verteidigung), einer Kerntruppe, aus der sich die Streitkräfte Israels formierten. Hier fanden, ermöglicht und gefördert von der Regierung Polens, militärische Ausbildungskurse für junge jüdische Männer im Alter von zwei- und zwanzig bis fünf und zwanzig Jahren statt. Allein im genannten Ausbildungslager wurden Mitte 1948 über 2.500 künftige Soldaten Israels, vor allem Anhänger der jüdischen Parteien bzw. Bewegungen Poale Zion, »Hoshomer Hacair« (Wachposten der Jugend), des »Bundes« sowie der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei, ausgebildet oder hatten diese Ausbildung bereits hinter sich. Ebenso wie die Ausbildung war auch die Verlegung der Soldaten nach Nahost ohne aktive Förderung durch die Behörden der VR Polen undenkbar. Während sich der innenpolitische Balanceakt gegenüber Bürgern jüdischer Nationalität vom Motiv der Nutzung dieses Potentials in der Auseinandersetzung mit den sowohl illegal als auch offen operierenden innenpolitischen Gegnern leiten ließ, orientierte sich das außenpolitische Ziel am »Kampf mit der imperialistischen Aggression in Palästina«, wie es in einer Resolution jüdischer Mitglieder der PPR hieß.

Unmittelbar vor dem Pogrom in Kielce kulminierte die innenpolitische Auseinandersetzung in Polen mit weitgehenden außen-

der Stadt Krakow, einige Soldaten der Polnischen Streitkräfte und des Bahn-schutzes sowie Mitglieder einer polnischen Sportvereinigung. Sie arretierten Juden, beraubten und schlugen sie ... Eine Gruppe Bewaffneter sowie Zivilisten überfiel ein Haus in der Ulica Przemyska, schlug und beraubte die dort wohnenden jüdischen Familien. Am gleichen Nachmittag drangen vier Milizangehörige sowie einige Zivilisten in die Wohnung der Jüdin Klajtner, wohnhaft Ulica Estera 10 ein, schlugen sie sowie ihre Tochter und die anwesenden Juden Finkelsztejn, Ochrich und Dekler, die allesamt beraubt wurden. Räubereien und Schläge sind auch in den Wohnungen der Juden Lendau, Sztern, Henoch u.a. festgestellt worden. Im Verlaufe des Pogroms wurde die Jüdin Berger, 55 Jahre alt, erschlagen und fünf Personen schwer verletzt. Einige Juden wurden leicht verletzt, weitere werden vermißt. Die Synagoge wurde vollständig zerstört ... Soldaten der Polnischen Streitkräfte schossen mehrmals in die Luft. Daraufhin wurde das Gerücht verbreitet, die Juden hätten begonnen zu schießen. Bei Versuchen, den Pogrom zu unterbinden, kam es zu Auseinandersetzungen mit den Teilnehmern am Pogrom; dabei wurde der Stellvertreter des Milizchefs der Wojewodschaft, Leutnant Atjanski geschlagen und schwer verwundet. Der Pogrom wurde noch am 11. August durch polnische Truppen, unter ihnen ein Regiment der Inneren Streitkräfte Polens, unterbunden. Im Ergebniss der Fahndung wurden 145 Personen verhaftet, darunter

40 Milizionäre, 6 Soldaten der Polnischen Streitkräfte und 99 Zivilpersonen. Der verhaftete Jugendliche Anatol Kijaczki, 13 Jahre, sagte aus: »Am 11. August gab mir ein Pole etwas Eingewickelter und forderte mich auf, es in die Synagoge zu werfen. Er gab mir 20 Zloty... Ich warf das Päckchen, was drin war, weiß ich nicht«. Der verhaftete Kucharski gestand: »Gemeinsam mit Milizionären drang ich in die Wohnung des Juden Obfelbaum ein und beraubte diesen«. Gegen Abend des 11. August wurden in Krakow Flugblätter verteilt, in denen es u.a.hieß:»In Polen ist kein Platz für Deutsche, Bolschewiken und Juden. Polen den Polen«.... Versuche, Pogrome zu entfachen, gab es außerdem in den Kreisen Miechow, Tarnow und Nowy Targ, Wojewodschaft Krakow.

politischen Folgen in einer Volksbefragung. Sie fand am 30. Juni 1946, d.h. vier Tage vor dem Pogrom, statt. Zur Entscheidung gestellt waren drei Schlüsselfragen der polnischen Entwicklung:

Erstens: Bist Du für die Abschaffung des Senats?

Zweitens: Willst Du in der künftigen Verfassung die Festigung der Wirtschaftsstruktur, die sich auf die Bodenreform, die Nationalisierung der Grundindustrie gründet, bei Beibehaltung der gesetzlich gesicherten Privatindustrie?

Drittens: Willst Du die Festigung der Westgrenzen des polnischen Staates an der Ostsee, Oder und Lausitzer Neiße?

Die Initiatoren der Volksabstimmung, die PPR (Polnische Arbeiterpartei) und die PPS (Polnische Sozialistische Partei) suchten die Mehrheit zur Unterstützung ihrer Politik. Sie gewannen die Unterstützung der Parteien SL (Bauernpartei) und SD (Demokratische Partei). Die politisch und militärisch illegal operierenden Kräfte, die sich u.a. in WiN (Freiheit und Unabhängigkeit) und NSZ (Nationale Streitkräfte) organisiert hatten, waren für strikte und demonstrative Ablehnung eines jeden Schrittes der neuen Machtelite. In den Monaten vor der Volksabstimmung fielen von Hand des militanten Untergrundes Monat für Monat annähernd 1.000 Anhänger der Linken, vor allem in Dörfern und Kleinstädten. Die PSL (Polnische Volkspartei) des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Stanislaw Mikolajczyk, die ihrerseits nicht nur politisch, sondern auch von seiten der Repressionsorgane des Staates unter verstärktem Druck kam, empfahl aus taktischen Gründen und um sich nicht zu isolieren, auf die erste Frage mit »Nein« auf die beiden anderen mit »Ja« zu antworten, obwohl allgemein bekannt war, daß diese politische Strömung bereits in der Vorkriegszeit für das Einkammersystem gewesen war und führende Vertreter dieser Partei in entschiedener Gegnerschaft zur Nationalisierung standen. Mieczyslaw Janikowski-Zientarski, Sekretär für Wirtschaftsfragen im Wojewodschaftskomitee der PPR für Kielce, verwies auf dem 1. Parteitag der PPR (8.-10. Dezember 1945) auf den starken Einfluß der PSL im Raum Kielce.

Bereits auf dem ersten Nachkriegsplenum der PPR im Mai 1945 hatte der Minister für öffentliche Sicherheit, Stanislaw Radkiewicz, auf die besonders schwierige Situation im Raum Kielce verwiesen, wo z.B. der Sicherheitsapparat und die PPR von ehemals den NSZ angehörenden Kräften in beträchtlichem Umfang unterwandert worden sei. Die offiziellen Ergebnisse der Volksabstimmung, an der 85,8 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen und die zu einer weiteren Polarisierung und schärferen Konfrontation der politischen Kräfte und auch zum Pogrom von Kielce führte: 68,2 Prozent antworteten auf die erste Frage mit »Ja«, mit »Nein« 31,8 Prozent; die zweite Frage beantworteten 77,3 Prozent mit »Ja«, 22,7 Prozent mit »Nein« und bei der dritten Frage stimmten 91,4 Prozent mit »Ja« und 8,6 Prozent mit »Nein«. Die Korrektheit des Abstimmungsergebnisses wurde von Anfang an und wird bis heute in Frage gestellt. Damals wirkte es wie eine Bombe. Jacek Kuron, Mitbegründer von KOR, (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter), den Anfängen der Bürgerbewegung in Polen, politisch deswegen repressiert, populärer Sozialminister in den Neunzigern

und in der »Demokratischen Union« (UD) aktiv, erzählt in seinem jüngsten Buch: »Die VR Polen für Anfänger«, wie in jenen Jahren, da »Pogrome in der Luft lagen«, sein Großvater mit Kurons jüngstem Bruder Felix spazieren ging. Das blondlockige Brüderchen wurde, als es einmal nicht so wollte wie der Großvater, der nach Arbeiterart ein Schirmmütze trug, an der Hand gefaßt und mitgezogen. Da die von seiten der katholischen Kirche über Jahrhunderte gepflegte Ritualmord-Mär blutigieriger Juden an christlichen Knaben wie ein Reflex und besonders in Zeiten zugespitzter politischer Spannungen wirkt, wurden Großvater und Enkel bald von einer tobenden Menge »gestellt«. Die Aufgeputschten glaubten dem alten Kuron nicht. Schon gar nicht, weil der eingeschüchterte Enkel weinte. Mit Mühe und Not gelang es dem Großvater, die Menge zu veranlassen, ihn nach Hause zu begleiten. Angekommen, weinte der Enkel in Angst und Schrecken weiter, auch als sich Mutter Kuron am Fenster zeigte. Erst die herbeigerufenen oder aufmerksam gewordenen Mitarbeiter der UB (Amt für Sicherheit) zerstreuten den von Jacek Kuron ausführlicher als hier geschilderten Aufruf. Kuron: »Genausogut hätte es zu einem weiteren Pogrom kommen können...«. In Kielce, wo das gleiche Grundmuster des hier geschilderten und Jahrhunderte erprobten Szenariums abließ, bevor es zum Massenmorden kam, griff der Sicherheitsdienst, wie eingangs beschrieben, nicht ein. Darin sehen politische Kräfte der verschiedensten Lager, von der »Solidarnosc« bis zur KPN (Konföderation eines Unabhängigen Polens) sowie Wissenschaftler ein Anzeichen dafür, daß Kielce von der »Judenkommune« »angestiftet« wurde. Eine weitere und ebenso unbewiesene wie unsinnige Schuldzuweisung benennt »Juda«, »Zion«, als Anstifter des Pogroms von Kielce. Ziel sei es gewesen, die Viertel Million Juden in Polen zur Auswanderung nach Palästina zu veranlassen. Schließlich werden »die Sowjets«, gleichfalls ohne Beweise, für Kielce verantwortlich gemacht.

Eine Folge des massenhaften Pogroms von Kielce war, daß in geheimer Zusammenarbeit zwischen polnischen Sicherheitsbehörden und Militärs mit der zionistischen Briha (Welle), die die Einwanderung nach Palästina trug, bis Frühjahr 1947 über die Hälfte der in Polen noch lebenden Juden, 140.000, auswanderte, teils nach Palästina, aber auch nach Frankreich, oder als Displaced Persons in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands und in andere Länder. 1949 erteilte die Regierung Polens eine Auswanderungserlaubnis für weitere 38.000 Juden nach Israel. 1952 hatten insgesamt 180.000 Juden Polen nach dem Zweiten Weltkrieg verlassen, darunter annähernd 10.000 Mitglieder der PVAP, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Mitte der fünfziger Jahre erhob sich nach innenpolitischen Veränderungen in Polen, die mit dem Namen Wladyslaw Gomulkas verbunden sind, eine neue Auswanderungswelle. Sie erfaßte zwischen 1956 und 1960 42.000 Juden. Kleinere Gruppen verließen auch in den folgenden Jahren das Land. 1968 lebten noch annähernd 25.000 Juden in Polen, ein Zehntel der Überlebenden von 1945/46. Das zunehmend antisemitische offizielle Polen, in dem 1968 ein Tadeusz Walichnowski, der als Schreibtischtäter denunziatorische Listen jüdischer Bürger

Eine Liste offen antisemitischer polnischer Organisationen der Gegenwart zählt zehn Verbände auf, darunter die »Polska Wspolnota Narodowa - Polskie Stronnictwo Narodowe« (Polnische Nationale Gemeinschaft - Polnische Nationale Vereinigung) unter Boleslaw Tejkowski. Aus ihren programmatischen Äußerungen:



»Polinen und Polen. Die Machthaber der Juden-Solidarnosc haben das Volk Polens betrogen. Unter dem Deckmantel von Reformen haben sie nicht weniger Verbrechen als die Juden-Kommune begangen ... (Sie dienen) »fremden, antipolnischen Interessen ... (im Rahmen) eines jüdisch-deutschen Plans zur Vernichtung Polens... Die Macht in Polen gehört den Polen, nur dann verbessert sich die Lage des Volkes...« Wochenzeitung »Polityka«, H. 20/1996

Waldemar Chrostowski, Direktor des Instituts für Katholisch-Jüdischen Dialog über Stereotype :»Eine Grundlage der polnischen Stereotype wurde die Zuwendung von Juden zum Kommunismus sowohl unmittelbar vor dem Krieg als auch früher, nach der bolschewistischen Revolution und 1920, sodann nach der sowjetischen Besetzung Polens 1939-1941. Viel böses Blut machte das Engagement vieler Juden beim Aufbau des kommunistischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg. Statistische Angaben spielen dabei keine Rolle. Die Erinnerung vergrößert sie und schafft geistige Klischees ... (schafft sich)... Rivalen und Feinde«. Tageszeitung »Rzeczpospolita« vom 10. Mai 1996.

veröffentlichte und Karriere in Staatsdiensten machte, diente wie andere seinesgleichen einer antisemitischen Kampagne, die, inspiriert von General Miezyzlaw Moczar, den gesamten Partei- und Staatsapparat sowie die meisten wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen der VR Polen erfaßte. Sie bewirkte die diskriminierende Vertreibung der meisten noch in Polen verbliebenen Juden. Bei ihnen handelte es sich überwiegend um hochqualifizierte Angehörige von Intelligenzberufen, die sich in der Regel zumeist schon in der zweiten und dritten Generation assimiliert hatten. Entwürdigende Repressionen, gelenkt und gedeckt von hohen und höchsten Partei- und Staatsfunktionären, jagten ab März 1968 einige Tausend polnischer Juden in die Emigration. Nur einzelne Kommunisten wie Edward Ochab, oder Sozialisten wie Adam Rapacki, stellten sich kompromißlos gegen diese politische und kulturelle Schande der staats- und parteioffiziellen antisemitischen Pogrompolitik.

Seitdem ist Polen zwar ein Land in dem es kaum noch Juden gibt, jedoch ein Land, in dem der Sozialismus dummer Kerls nach wie vor, ungeachtet aller politischen Veränderungen, wuchert.

1990, nach einer polnischen Wende, die in puncto Antisemitismus nichts gewendet hat, wurde in Kielce eine Neuauflage des Pogroms vom Juli 1946 versucht. Die Künstler des jüdischen Ensembles »najer tog« wurden angegriffen, geschlagen, ihr Fahrzeug demoliert. Jerzy Slawomir Mac, der sich seit langem um die Aufhellung der Hintergründe der Ereignisse von Kielce bemüht, berichtet u.a., daß am Wohnhaus in der Ulica Planty, von dem der Pogrom von 1946 ausging, und an den Mauern der als Staatliches Wojewodschaftsarchiv genutzten historischen Synagoge von Zeit zu Zeit Schmierereien und Drohungen wie »Juden raus« und »Juden in den Ofen« auftauchen. Der neueste Stadtführer von Kielce von 1995, Hochglanz, Vierfarbendruck, 96 Seiten, stellt die Stadt als »ein großes Zentrum für Industrie, Kultur und Wissenschaft sowie Dienstleistungen und Handel« vor, wirbt für in- und ausländische Investitionen. Unter dem Stichpunkt »Gedenkstätten« werden über zwei Dutzend Gedenkstätten von Tadeusz Kosciuszko bis zu Mordstätten der deutschen Nazis an polnischen Einwohnern und Partisanen sowie Geiseln und sowjetischen Kriegsgefangenen vorgestellt. Aufgezählt werden katholische, evangelische, orthodoxe muslimische, kommunale u.a. Friedhöfe. Die Stätte auf dem alten jüdischen Friedhof, wo die 42 Toten des Pogroms von 1946 ihre letzte Ruhestätte fanden, ist nicht darunter. Am 23. August 1987 wurde sie von der in den USA wirkenden Landsmannschaft der Juden aus Kielce und der Nissenbaum-Stiftung eingerichtet.

#### Quellen

Genutzt wurden Erinnerungen, unveröffentlichte Materialien wissenschaftlicher Konferenzen und Quelleneditionen, v.a.:

»archiwum ruchu robotniczego«/Archiv der Arbeiterbewegung Bd.X, XI  
Bruno Bettelheim:»Befreiung vom Ghettonken«.

Szymon Datner:»Ich fürchte mich nicht«.

»Dokumenty do dziejow PRL«/Dokumente zur Geschichte der VR Polen.

»Protokoly posiedzen Biura Politycznego KC PPR.1944-1945/

/Protokolle der Sitzungen des Politbüros des ZK der PPR.1944-45

Protokol obrad KC PPR.Maj 1945./Protokoll der Beratungen des ZK der PPR vom Mai 1945.

- »I ciagle widze ich twarzy«.Fotografia Zydwow polskich./Und ständig sehe ich ihre Gesichter.Fotografien polnischer Juden.Stiftung Shalom.Warschau 1996
- Ysroel Gutman:»The Jews in Poland after World War II.«
- Mariusz Janicki u.a.:»Wszystko albo nic«./Alles oder nichts
- »Kalendarz zydowski«/Jüdischer Kalender 1988/89
- Kielce.Informator miejski«.Kielce.Stadtführer
- Jacek Kuron:»PRL dla poczatkujacych«/Die VRP für Anfänger.
- Jerzy Slawomir Mac:»Pietno Kaina«/Das Kainsmal.
- Jozef Orlicki:»Szkice z dziejow stosunkow polsko-zydowskich.1918 - 1949«./Skizzen zur Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen 1918 bis 1949.
- »Polska-ZSRR.Struktury podleglosci.Dokumenty KC WKP(B).1944-1949/ Polen-UdSSR. Strukturen der Abhängigkeit. Dokumente des ZK der WKP (B).1944-1949
- Andrzej K.Wroblewski:»Z mlekiem matki?«/Mit der Muttermilch?